Zitat Minister Manuel Hagel:

„Eine Zahl vorweg: Gestern haben in Baden-Württemberg fast 15.000 Menschen demonstriert. Gewalttätig wurde, nach allem, was wir wissen, nur ein kleiner Teil. Die ganz überwiegende Mehrheit hat sich friedlich verhalten. Über genau diese Mehrheit müssen wir zuerst reden.

Schülerinnen und Schüler, Azubis, Studenten, und auch manche Ältere. Viele haben Sorge, dass das Gehalt später kaum für eine Wohnung reicht, dass die Schule ihnen zu wenig gute Perspektiven eröffnet oder etwa, dass man monatelang auf Hilfe wartet, wenn die Seele leidet. Mit diesen Sorgen auf die Straße zu gehen, ist ihr gutes Recht. Es ist gut, dass sie es nutzen.

Jetzt liegt der Ball bei uns. Diese Themen bleiben auf unserem Tisch, bis sich spürbar etwas ändert. Wir schaffen dafür mehr Raum. Kultusminister Andreas Jung will den Schülerinnen und Schülern in Baden-Württemberg mehr Mitsprache ermöglichen. In einem ersten Schritt soll ein Modellversuch für Kreisschülerräte starten. Schon nächste Woche spricht er darüber mit dem Landesschülerbeirat und dem Landkreistag, der den Modellversuch aktiv unterstützt. Schülerinnen und Schüler sollen überall im Land eine starke Stimme haben, wenn es um ihre Bildung und ihren Schulalltag geht. Gute Politik hört genau hin und holt die Jungen mit an den Tisch. An alle, die gestern auf der Straße waren: Dieser Tisch steht auch in euren Rathäusern, Parteien und Vereinen. Besucht politische Veranstaltungen, redet mit, engagiert euch über die Demo hinaus.

Dann sind da die wenigen anderen. Allein in Stuttgart waren rund 300 Personen aus der linksextremistischen Szene dabei. Landesweit wurden nach derzeitigem Stand neun Polizisten verletzt. Wer sich vermummt, Polizisten angreift und anonym aus der Menge Flaschen, Farbbeutel und Böller wirft, will keine Debatte. Der will Gewalt. Diese Leute missbrauchen die berechtigten Anliegen der vielen für Krawall. Dem stellen wir uns mit aller Konsequenz entgegen. Die Polizei ermittelt mit Hochdruck, um die Täter zur Verantwortung zu ziehen. In Stuttgart hat die Versammlungsleitung die Zusammenarbeit mit der Polizei verweigert. Es muss aber klar sein: Wer eine Demonstration anmeldet, übernimmt Verantwortung für sie.

Unsere Polizistinnen und Polizisten standen gestern im ganzen Land dort, damit alle anderen sicher demonstrieren konnten. Sie haben unsere Grundrechte verteidigt. Verletzte Beamte sind im Dienst geblieben, um an der Seite ihrer Kolleginnen und Kollegen bis zum Schluss für Sicherheit zu sorgen. Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten geht überhaupt nicht. Wir verfolgen sie mit der ganzen Härte des Gesetzes. Unseren verletzten Sicherheitskräften wünsche ich rasche Genesung.

Unsere Polizei war besonnen, umsichtig und professionell. Das lag auch daran, dass wir uns früh und sorgfältig auf diesen Tag vorbereitet haben, auf ganz unterschiedliche Szenarien. Im ganzen Land hat sie genau der Lage angepasst reagiert, ruhig im Ton und klar, wo es nötig war. Viele haben gestern Abend Bilder von brennenden Barrikaden und Krawallen gesehen.

Diese Bilder stammen aus anderen Städten in Deutschland. In Baden-Württemberg hatte unsere Polizei die Lage zu jeder Zeit im Griff. Danke an alle Einsatzkräfte für diesen harten Abend.

Die vielen Friedlichen bekommen von uns Antworten auf ihre Fragen. Die wenigen Gewalttäter bekommen die Konsequenzen unseres Rechtsstaats zu spüren."

Sachinformationen:

In Baden-Württemberg kam es am gestrigen Samstag zu insgesamt **elf** Versammlungen unter dem bundesweiten Aufruf der „GenZ regelt". Daran beteiligten sich insgesamt ca. **14.900** Personen. Die Polizeipräsidien Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe, Freiburg und Ulm setzten hierbei **1.490** Beamte, darunter **860** Kräfte des Polizeipräsidiums Einsatz ein.

In **Stuttgart** beteiligten sich unter dem Motto „GenZ regelt das!" bis zu **6.000** Personen. Darunter befanden sich auch ca. 300 Personen, die der linksextremistischen Szene zuzuordnen waren. Diese wichen von der vorgegebenen Versammlungsstrecke ab und brannten Böller sowie Pyrotechnik ab. Zudem kam es zum Werfen von Farbbeuteln auf die Einsatzkräfte. Die Stimmung dieser Personen war aufgeheizt, aggressiv und feindselig gegenüber den Einsatzkräften. Nach Beendigung der Versammlung auf dem Marienplatz entfernten sich die ca. 1.500 Teilnehmer zunächst überwiegend nicht. Nachdem sich in der Folge auch Eventpublikum unter die Personen mischte, kam es zum Bewurf der Einsatzkräfte mit Flaschen und Böllern. Auf Weisung des Polizeiführers wurde der Marienplatz geräumt. Mutmaßlich in

Folge der Räumung kam es zu mehreren Sachbeschädigungsdelikten an Gebäuden und Fahrzeugen. Im weiteren Verlauf entfernten sich die Personen und die Lage beruhigte sich zusehends. Ermittlungen wurden eingeleitet.

In **Karlsruhe** nahmen **2.300** Menschen an **zwei**Demonstrationen der „GenZ regelt" teil. Diese thematisierten unter anderem „gemeinsam und solidarisch gegen Sozialabbau an unseren Schulen". Es kam während den Versammlungen zu keinen besonderen Vorkommnissen. Nach Beendigung der größten Demonstration spaltete sich eine Gruppe von ca. 800 Personen ab, die einen Spontanaufzug durch die Innenstadt durchführen wollte. Nach einer Entscheidung der Versammlungsbehörde wurde dieser untersagt. Die Personengruppe wurde polizeilich angesprochen und löste sich im Anschluss daran auf. Hierbei kam es zum vereinzelten Abbrennen von Pyrotechnik. Ermittlungen wurden eingeleitet.

In **Mannheim** beteiligten sich **2.000** Teilnehmer an zwei Demonstrationen unter den Mottos „GenZ regelt Mannheim" und „Gemeinsam gegen Gewalt und Vandalismus, gewaltfreie Proteste". Es kam zu keinen besonderen Vorkommnissen.

In **Freiburg** und **Lörrach** nahmen **3.500**Personen, darunter auch 110 Personen aus der linksextremistischen Szene, an den auf diesen Themenbereich bezogenen Versammlungen teil. Es kam zu keinen besonderen Störungen im Rahmen der Demonstrationen.

In **Ulm** versammelten sich bei insgesamt **drei** Versammlungen **900** Teilnehmer. Es kam zu keinen besonderen Vorkommnissen.

Landesweit wurden - nach derzeitigem Stand - **neun** Beamte verletzt. Sie erlitten ein Knalltrauma und Prellungen. Keiner der Beamten musste seinen Dienst vorzeitig beenden.

Bei den landesweiten Demonstrationen wurden bislang **Strafverfahren** im mittleren zweistelligen Bereich eingeleitet. Die Zahlen sind mit Blick auf die Auswertung von Videoaufzeichnungen und die Einleitung von Ermittlungsverfahren noch nicht abschließend. Darunter waren Delikte der Körperverletzung, der Sachbeschädigung, Verstöße gegen das Sprengstoffgesetz sowie des Versammlungsgesetzes.

Landesweit kam es nach derzeitigem Stand zu **sieben** freiheitsentziehenden Maßnahmen (Festnahmen bzw. Ingewahrsamnahmen). Zudem wurden **75** Platzverweise ausgesprochen.

Auch nach dem Ende der Versammlungen blieb die Sicherheitslage in den Abend- und Nachtstunden weitestgehend friedlich.